

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 226

Anton Rauscher

Die Arbeitsplätze  
sind der Schlüssel

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Politik und Gesellschaft*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Familie*

*Schöpfungsverantwortung und Ökologie*

*Europa und Dritte Welt*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 021 61/207096 · Fax 021 61/208937

Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

1996

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1258-3

Wer zu Beginn des Jahres 1996 das Konsumverhalten und die ungebrochene Reisefreudigkeit der Deutschen betrachtet, der könnte meinen, die Wirtschaft habe nach der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Tritt gefaßt. Sie sei in guter Verfassung und robust genug, im Einigungsprozeß Europas und auch bei der Erneuerung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den ehemals sozialistisch regierten Staaten Osteuropas ihre Aufgaben voll wahrzunehmen. Das Brutto sozialprodukt, also die Summe aller Güter und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft erarbeitet werden, ist 1994 um 2,9 Prozent und 1995 um weitere 2 Prozent gewachsen, wobei ein Prozent in absoluten Zahlen ausgedrückt etwa 33 Milliarden DM ausmacht.

Aber wie steht es mit der Arbeitslosigkeit? Sie wird, wie die Bundesanstalt für Arbeit schätzt, Ende Januar 1996 auf 4 Millionen ansteigen. Bisweilen wird die Ansicht vertreten, die hohe Arbeitslosigkeit sei zwar ein schlimmes Übel, aber damit müsse man in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft leider leben. Ein Blick auf die Situation des Arbeitsmarktes in anderen Ländern der Europäischen Union zeigt, daß Deutschland bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keineswegs schlecht abschneidet; bei unseren Nachbarn ist die Arbeitslosigkeit, besonders auch bei der Jugend, zumeist erheblich höher.

### **Müssen wir mit hoher Arbeitslosigkeit leben?**

Der moderne Sozialstaat läßt die von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen und Männer nicht im Stich, auch wenn die Angewiesenheit auf Arbeitslosengeld und dann womöglich auf Arbeitslosenhilfe den Spielraum der persönlichen und sozialen Lebensgestaltung in aller Regel erheblich einschränkt. So wichtig und unerläßlich diese Solidarität ist, so hat die Arbeitslosigkeit doch eine Größenordnung erreicht, die vom Staat, von den Sozialpartnern, von allen Bürgern entschieden mehr verlangt: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß oberste Priorität erhalten.

Nach jeder wirtschaftlichen Rezession ist die Arbeitslosigkeit angestiegen. Hatte man noch Anfang der siebziger Jahre angenommen, man verfüge über genügend Instrumente, um eine größere Arbeitslosigkeit gar nicht mehr aufkommen zu lassen, so wurden wir nach der ersten Ölkrise von 1973 auf den Boden der rauen Wirklichkeit zurückgeholt. Die Arbeitslosigkeit wuchs beständig. Selbst in den Jahren 1984 bis 1989, als es der Bundesregierung gelang, die Rahmenbedingungen so zu verändern, daß über 3 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze in der Wirtschaft entstanden, ging die Arbeitslosigkeit nicht wie erwartet zurück, weil

immer mehr Frauen einer Erwerbsarbeit nachgingen und die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zunahm. Immerhin erreichte die Zahl der Beschäftigten 1992 mit 29,6 Millionen einen früher nie gekannten Höchststand.

Dabei ist es nur ein kleiner Trost, daß in den von der Bundesanstalt für Arbeit monatlich veröffentlichten Zahlen auch diejenigen Arbeitnehmer enthalten sind, die ihren Arbeitsplatz wechseln. Sie machen etwa 3 Prozent der Beschäftigten aus, eine Million von 28,5 Millionen. Auf der anderen Seite müssen jene Frauen und Männer hinzugerechnet werden, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen werden oder die in den Vorruhestand getreten sind und deshalb in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr erscheinen. Es sind über 2 Millionen. Ein besonders gravierendes Problem sind die Langzeitarbeitslosen, die ein Jahr und länger ohne Arbeit und deshalb schwer vermittelbar sind. Dieser harte Kern der Arbeitslosigkeit ist beständig größer geworden.

### **Arbeitsplätze fallen der Rationalisierung zum Opfer**

Was am meisten Sorge bereitet, ist die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit inzwischen eine neue bedrohliche Qualität erreicht. Woran liegt es, daß sich der Arbeitsmarkt trotz der Erholung der Wirtschaft nicht stabilisiert hat? Der massive Abbau von Arbeitsplätzen im Krisenjahr 1993 betraf nicht nur Unternehmen, die zu den sogenannten Krisenbranchen gehören: zur Eisen- und Stahlindustrie, zum Bergbau, zur Textilindustrie, zum Schiffbau. In zunehmendem Maße gerieten auch Unternehmen in Schwierigkeiten, die an der Spitze des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts stehen: in der Automobilindustrie, in der Chemie, in der Elektrotechnik, in der Flugzeugindustrie, im Maschinenbau. Die Arbeitsplätze in diesen Unternehmen galten als gesichert. Deshalb waren viele überrascht, als auch eine große Zahl dieser hochqualifizierten Arbeitsplätze abgebaut wurde, auch wenn die Unternehmen darauf bedacht waren, Entlassungen von Arbeitnehmern möglichst zu vermeiden, dafür aber nur wenige neu einzustellen.

Der Abbau von Arbeitsplätzen ist seither nicht zum Stillstand gekommen. Im Gegenteil: 1995 sind weitere 200.000 Arbeitsplätze in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen. Dies ist die Kehrseite davon, daß in den beiden letzten Jahren die Zahl der Unternehmen, die aufgeben mußten, weiter angestiegen ist: 1994 waren es 25.000, 1995 gar 28.000. Wenn ein Unternehmen ausscheidet, dann ist damit nicht nur ein Kapitalverlust der Eigentümer verbunden, vielmehr

sind es die Arbeitsplätze und die entsprechenden Arbeitseinkommen, die fehlen. Ähnliches gilt für die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen, für die Steuern, die dem Bund, den Ländern, den Kommunen, auch den Kirchen zufließen.

Die Meldungen über den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen reißen nicht ab. Bei Firmen wie Siemens, DASA, Hoechst oder den Automobilfabriken sollen auch im neuen Jahr Tausende von Arbeitsplätzen wegfallen. Diese Entwicklung hat inzwischen auch auf Dienstleistungsbereiche übergreifen. Die Bundesbahn und die Telekom haben entsprechende Beschlüsse gefaßt und auch im Banken- und Sparkassenbereich und bei Versicherungen sind Rationalisierungsmaßnahmen großen Stils im Gange. Gewiß gibt es auch Branchen, die wachsen und bei denen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen: in der Informations- und Kommunikationsindustrie, im Computerbereich, in der Touristik-Branche. Dennoch gehen Schätzungen davon aus, daß auch 1996 weitere 200.000 Arbeitsplätze verschwinden könnten.

### **Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland**

Nicht nur die verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen wirken sich negativ auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung aus, sondern ebenso die zunehmenden Verlagerungen von Produktionen ins Ausland. Aufschluß hierüber gibt die Höhe der Investitionen, die von deutschen Unternehmen im Ausland getätigt wurden. Im Jahre 1994 waren dies 24 Milliarden DM. Allein im ersten Halbjahr 1995 flossen 27 Milliarden DM ins Ausland, wohingegen nur 6 Milliarden DM von ausländischen Firmen in Deutschland investiert wurden. Dies bedeutet, daß deutsche Unternehmen in starkem Maße Produktionsanlagen und damit Arbeitsplätze im Ausland schaffen.

Vorreiter dieser Entwicklung war seit vielen Jahren die Textilindustrie, die mit den billigen Produkten, die aus Japan und Korea, aus Hongkong und Taiwan auf die Märkte in Deutschland strömten, nicht mithalten konnte und deshalb daran ging, eigene Produktionskapazitäten in Billiglohnländern aufzubauen. In einer ähnlichen Situation befinden sich heute viele Unternehmen und Branchen, die Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern. Aufsehen hat die Entscheidung von Mercedes-Benz erregt, das Swatch-Auto nicht in Deutschland, sondern im benachbarten Frankreich zu bauen. Und während das Volkswagenwerk den Polo seit langem nur noch in Spanien produziert, läßt jetzt auch Audi Motoren in Ungarn fertigen. Erinnerung sei ebenfalls an die Entscheidung von Sie-

mens, 2 Milliarden DM für eine neue Chip-Fabrik in England zu investieren. Die Diskussion um die Zukunft des Standortes Deutschland hat hier ihren Grund.

Nun könnte man meinen, eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in die osteuropäischen Nachbarländer sei ein wichtiger Beitrag, um dort den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft voranzutreiben. Wie schwer sich diese Länder tun, dies kann man daraus ersehen, daß die Arbeitsproduktivität in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe auch sechs Jahre nach der Wende immer noch gering ist. Dies wirkt sich auf die Löhne der Facharbeiter aus, die im Monat etwa 350 DM betragen und nur sehr langsam ansteigen. Die niedrigen Arbeitskosten - dies gilt für die Löhne wie für die Sozialabgaben - sind ein Anreiz für westliche Unternehmen, wenngleich beträchtliche Nachteile anderer Art wie z. B. die mangelhafte Infrastruktur zu berücksichtigen sind.

Allerdings geht der Löwenanteil der deutschen Investitionen - 1994 nahezu zwei Drittel der 24 Milliarden DM - gar nicht in die osteuropäischen, sondern in die westeuropäischen Länder. Die gelegentlich geäußerte Vermutung, die deutschen Unternehmen würden hauptsächlich in die osteuropäischen Länder gehen, weil dort die Arbeitskosten so niedrig und die Aussichten auf Gewinne so günstig sind, hat sich nicht bestätigt.

### **Sind die Arbeitskosten zu hoch?**

In einer spektakulären Kehrtwendung hat die Führung der Industriergewerkschaft Metall den Zusammenhang zwischen den Arbeitskosten und den Arbeitsplätzen anerkannt und zu einem Bündnis für Arbeit aufgerufen. Sie will auf Reallohnsteigerungen verzichten, wenn die Unternehmen 300.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Bisher hatte die Gewerkschaft immer argumentiert, hohe Löhne würden die Kaufkraft der Arbeitnehmer stärken und damit die Nachfrage auf den Märkten steigern. In ähnlicher Weise würde auch eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich wirken. Wenn dann Arbeitslosigkeit immer noch in größerem Umfang bestehe, dann müsse der Staat mit Beschäftigungsprogrammen der Nachfrage auf die Sprünge helfen.

Diese tarifpolitische Linie der IG-Metall hatte für den Konsumbereich eine gewisse Plausibilität, für den Produktionsbereich, der für die Arbeitsproduktivität der Wirtschaft und für ihre Ertragskraft entscheidend ist, wurde sie immer problematischer. Trotz hochmoderner Anlagen tun sich viele Unternehmen im Wettbewerb an den nationalen und interna-

tionalen Märkten schwer, weil ihre Produkte wegen der hohen Arbeitskosten in Deutschland zu teuer sind.

Sicherlich gibt es eine ganze Reihe von Faktoren, von denen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen abhängt. Vorteilhaft wirken sich eine gute Infrastruktur, ein qualifiziertes Schul- und Ausbildungssystem, eine effiziente und unbestechliche Verwaltung aus; nachteilig, weil kosten-treibend, sind die lange Dauer von Genehmigungsverfahren für Investitionen, eine zu hohe Besteuerung der Unternehmen, übermäßige Umweltschutzaufgaben, wenn diese in anderen Industrieländern nicht vorgeschrieben sind oder nicht praktiziert werden. Auch die Wechselkursverhältnisse können sozusagen über Nacht die Situation an den internationalen Märkten verändern.

Ohne die genannten Einflußfaktoren gering zu veranschlagen, kann es dennoch keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeitskosten für die Unternehmen von entscheidender Bedeutung sind. Deutschland ist ein Hochlohnland, wie dies auch für die Schweiz, für die USA oder für Japan gilt. Im Unterschied zu diesen Ländern jedoch gehen in Deutschland die Spitzenlöhne parallel mit der weltweit kürzesten Wochen- und Jahresarbeitszeit. Die ständige Verkürzung der Arbeitszeit, in wichtigen Branchen auf die 35-Stundenwoche, und der tariflich ausgehandelte Urlaub, der in der Regel 30 Arbeitstage beträgt, schlagen voll auf die Lohnkosten durch. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf den gesamten Dienstleistungsbereich aus, in dem Kostensteigerungen nicht in derselben Weise aufgefangen werden konnten wie dies bisher in der Industrie der Fall war, wo durch Automatisierung Kosteneinsparungen erzielt werden können.

Als einige Bundesländer wie Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen die Wochenarbeitszeit für Beamte, auch für Lehrer, wieder verlängerten, wurde eingewandt, daß dann weniger zusätzliche Leute eingestellt würden und die Arbeitslosigkeit noch zunehmen werde. Aber diese Begründung wäre nur stichhaltig, wenn für die Beamten und die Lehrer wegen der verkürzten Arbeitszeit auch entsprechende Abstriche an den Gehältern und an den Pensionsleistungen vereinbart worden wären. Arbeit an Schulen, in Krankenhäusern, in Sozialeinrichtungen ist genug da, aber sie kann nicht mehr bezahlt werden.

Wer die Unternehmen und die öffentliche Hand vom übermäßigen Kostendruck entlasten will, der muß bereit sein, einen Teil der Arbeitszeitverkürzung rückgängig zu machen. Für die Beamten sollte die 40-Stunden-Woche wieder die Regel werden, damit der Staat nicht überfordert wird. Wer den direkten Zusammenhang zwischen den Arbeitskosten

und den Arbeitsplätzen sieht, der darf die Diskussion darüber, an welchen Punkten angesetzt werden soll, nicht blockieren. Die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze haben Vorrang, auch und gerade unter sozialer Rücksicht.

Auch die früher schon von der Deutschen Bundesbank und neuerdings von Arbeitgeberseite ins Gespräch gebrachte Änderung des Lohnsystems sollte nicht von vornherein tabuisiert werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, den Lohn in einen Grundlohn und in einen Lohnanteil, der vom Unternehmenserfolg abhängig ist, aufzuteilen, damit die Unternehmen flexibler auf die Marktlage reagieren können. Dieser Vorschlag knüpft an das japanische Modell an. In Japan werden neben dem niedrigen Grundlohn je nach Erfolg des Unternehmens bis zu 10 zusätzliche Monatslöhne im Jahr ausbezahlt. Die Japaner sind mit diesem Lohnsystem gut gefahren. Es hat nämlich dazu beigetragen, daß sich die Arbeitslosigkeit in engen Grenzen bewegt und die Wirtschaft mit Krisen besser fertig wird. Sicherlich kann dieses Modell in Europa nicht einfach übernommen werden. Aber wir sollten überlegen, ob nicht die Unternehmen mit Zustimmung des Betriebsrates bis zu 10 Prozent nach unten, selbstverständlich auch nach oben von den tariflich vereinbarten Lohnsätzen abweichen können. Wenn eine solche Regelung insgesamt mehr Arbeitsplätze sichert, warum eigentlich nicht? Es wäre wenigstens den Versuch wert.

Im übrigen könnte ein ergebnisabhängiger Lohnanteil auch mit der von beiden Kirchen befürworteten Initiative der stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung verbunden werden.

### **Das Problem der Lohnzusatzkosten**

Zu den Arbeitskosten, die die Unternehmen aufzubringen haben, gehören auch die Lohnzusatzkosten. Sie erstrecken sich auf verschiedene Bereiche.

Den größten und gewichtigsten Bereich bilden die Abgaben an die sozialen Sicherungssysteme, durch die die existentiellen Risiken der Arbeitnehmer: nämlich Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und seit kurzem die Pflegebedürftigkeit abgedeckt werden. Seit den Anfängen der unter Bismarck in den 1880er Jahren vom Deutschen Reichstag eingeführten Sozialversicherung werden die Beiträge im allgemeinen je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und von den sie beschäftigenden Unternehmen aufgebracht. Im Jahre 1996 steigt der Beitragssatz zur gesetzli-

chen Rentenversicherung auf 19,2 Prozent der Arbeitsentgelte. In ähnlicher Weise funktioniert das System der gesetzlichen Krankenversicherung. Hier steigen die Beiträge im Schnitt von 13,2 auf 13,7 Prozent, die wiederum hälftig von den Arbeitnehmern und den Unternehmen aufgebracht werden. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung belasten die Arbeitnehmer und die Unternehmen mit jeweils 3,25 Prozent. Schließlich steigt der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung von 1 auf 1,7 Prozent, wobei noch nicht geklärt ist, wie dies bezahlt werden soll.

In den Lohnzusatzkosten der Unternehmen sind weiterhin enthalten die gesetzlichen Feiertage und der tariflich vereinbarte Urlaub der Arbeitnehmer, in der Regel 30 Arbeitstage. Darüber hinaus sind von den Unternehmen die Kosten für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu tragen, die über 60 Milliarden DM betragen.

Schließlich gehören zu den Lohnzusatzkosten noch die tariflich vereinbarten und die freiwilligen Sozialleistungen der Unternehmen, z. B. vermögenswirksame Leistungen.

Die Lohnzusatzkosten haben im Jahre 1995, nachdem sie Mitte der achtziger Jahre gesenkt werden konnten, erneut eine Höhe von 90 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter erreicht. Das heißt, auf jede Mark, die ein Unternehmen seinen Arbeitern und Angestellten bezahlt, kommen zusätzlich 90 Pfennig für die sozialen Abgaben hinzu. Beide, die Lohnkosten und die Lohnzusatzkosten machen die Arbeitskosten-Belastung aus. Der „zweite Lohn“, wie man ihn genannt hat, taucht auf dem Lohnstreifen so nicht auf.

### **Ein Hemmnis für die Beschäftigung?**

Die Lohnzusatzkosten bilden eine der Hauptquellen der Finanzierung des Sozialstaats beziehungsweise des sozialen Netzes, das in Deutschland seit der Phase des Wiederaufbaus immer weiter und dichter ausgebaut wurde. Vor allem sind es die sozialen Sicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen. Sie sind an die Stelle der Großfamilie getreten, die in der alten Agrargesellschaft die existentiellen Risiken des Alters, der Krankheit und Invalidität, auch der "Arbeitslosigkeit", die damals eine ganz andere Sozialgestalt hatte als heute, aufgefangen hatte. Im Unterschied zu anderen Industrieländern, in denen die sozialen Sicherungssysteme sehr viel stärker über den Staat und die Steuern finanziert werden, sind wir in Deutschland mit unserem System, bei dem die beteiligten Arbeitnehmer und Unternehmen die Beiträge aufbringen und auch verwalten, gut gefahren. Nicht der Staat, der für seine Bürger im

Bedarfsfalle sorgt, sondern die Bürger selbst nehmen die Vorsorge für ihre Sicherheit in die Hand. Die sozialen Sicherungssysteme sind konkreter Ausdruck des Solidaritätsprinzips, wobei in der leistungsbezogenen Alterssicherung besonders die Generationensolidarität, in der Krankenversicherung stärker die Solidarität zwischen den höher und niedriger Verdienenden ausgeprägt ist, weil für alle - unabhängig von der Lohnhöhe - dieselben Leistungen im Krankheitsfalle zur Verfügung stehen.

Solange in der Wirtschaft die Zahl der Beschäftigten und damit der Beitragszahler stark zunahm und die Wachstumsschübe auch für entsprechende Lohn- und Beitragssteigerungen sorgten, hatten wir bestenfalls kleinere Anpassungsprobleme. Die Schwierigkeiten traten auf, als sich nach der Ölkrise die Wachstumsprozesse der bisherigen Art nicht mehr in derselben Weise fortsetzten und sich in der Weltwirtschaft tiefgreifende Veränderungen ankündigten. Dennoch genügten in den späten siebziger und in den achtziger Jahren kleinere und größere Korrekturen, um das Sozialleistungssystem in Gang zu halten. Die Politik, die nach dem Regierungswechsel von 1982 betrieben wurde, setzte alles daran, um die Staatsverschuldung zurückzudrängen und das wirtschaftliche Wachstum bei mäßigen Lohnerhöhungen und zurückgehenden Lohnzusatzkosten zu fördern. Die Staatsquote, also die Belastung der Bürger mit Steuern und Sozialabgaben, die 1982 50 Prozent des Bruttosozialprodukts überschritten hatte, konnte von 1984 bis 1989 wieder auf 46 Prozent gesenkt werden. Die Zunahme der Beschäftigten um über 3 Millionen erleichterte es, die gestiegenen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu finanzieren.

## **Neue Rahmenbedingungen**

Der Zusammenbruch des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa hat seit 1989/90 die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland, in Europa und in der Welt einschneidend verändert. Schon vor dieser Wende war es in dem zusammenwachsenden Europa zu Anpassungsprozessen gekommen. Die neue Offenheit der Grenzen nach Osten bewirkte eine Strukturveränderung auf den europäischen Märkten, vor allem auch auf den Arbeitsmärkten. Weil die osteuropäischen Länder versuchen, auf den internationalen Märkten Fuß zu fassen, weil auch immer mehr Entwicklungsländer, vor allem in Asien (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Malaysia), zu Schwellenländern geworden sind, wachsen der Wettbewerb und der Kostendruck an den Märkten. Die deutschen Lohn-

zusatzkosten, die in der gesamten Welt einsame Spitze sind und die bisher von den Unternehmen noch verkraftet wurden, werden jetzt zu Barrieren der Beschäftigung. Wenn Unternehmen in der Schweiz, in den USA, in Japan, aber auch in England viel geringere Lohnzusatzkosten aufzubringen haben, dann haben sie auf den Märkten mehr Bewegungsspielraum und können auf die Veränderungen leichter reagieren. Die deutschen Unternehmen versuchen hingegen, Personal abzubauen und auf diese Weise die Kostenbelastung in Schach zu halten.

Auf die Lohnzusatzkosten wirken sich nicht nur die Veränderung an den Märkten und der Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, sondern auch andere Belastungsfaktoren. Die Rentenversicherung gerät in Schwierigkeiten, weil die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen und Männer in den letzten 25 Jahren um 7 Jahre angestiegen ist, was bisher in der sogenannten Rentenformel nicht hinreichend berücksichtigt ist. Ähnliches gilt für die Beamten beim Staat. Die Ausgaben für Pensionen und Beihilfeleistungen nehmen zu. Hinzu kommt, daß sich das Zahlenverhältnis zwischen Alt und Jung verschiebt. Weil die Geburtenrate in Deutschland drastisch zurückgegangen ist, müssen immer weniger junge Menschen, die ins Erwerbsleben eintreten, für immer mehr Rentner aufkommen. Dies ist einer der Hauptgründe, daß der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung weiter ansteigen wird, wenn nichts geschieht.

Dabei müssen die gewaltigen Kosten, die die "Frühverrentung" - eine schreckliche Wortschöpfung - verursacht, berücksichtigt werden. Die Großunternehmen sind mit Rückendeckung der Politik dazu übergegangen, ältere Beschäftigte vorzeitig in Rente zu schicken und jüngere Leute, die sonst womöglich arbeitslos wären, einzustellen. Allein im Jahre 1995 sind rund 300.000 Beschäftigte in den Vorruhestand gegangen - mit anhaltender Tendenz. Je 100.000 Frührentner belasten die Beitragszahler der Rentenversicherung mit 12,7 und die Arbeitslosenversicherung mit 9,2 Milliarden Mark. Kein Wunder, wenn Bundesarbeitsminister Blüm den Vorruhestand, in dem er früher ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah, jetzt einzuschränken sucht.

Auch die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung steigen weiter an, obwohl durch die Pflegeversicherung eine Entlastung erfolgt. Der medizinisch-technische Fortschritt fordert ebenso seinen Preis wie die personal-intensiven Arbeitsbereiche im Krankenhaus, wo die Arbeitszeitverkürzungen massiv zu Buche schlagen. Vor allem aber sind die Krankheitskosten für die Rentner und Pensionäre angestiegen, weil die älteren Menschen eine stärkere ärztliche und medizinische Betreuung brauchen. Übrigens geht ein erheblicher Teil der Zunahme der Kranken-

haus-Kosten darauf zurück, daß auch den älteren Männern und Frauen heute durch aufwendige Operationen geholfen werden kann.

### **Der Umbau des Sozialstaats kann nicht länger aufgeschoben werden**

Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit zunimmt und deshalb die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen stagnieren, stößt der Sozialstaat mehr und mehr an seine Grenzen. Die durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben stieg nach den Ermittlungen des Bundes der Steuerzahler von 40,4 Prozent im Jahr 1990 auf inzwischen 46,1 Prozent. Eine andere Zahl ist nicht weniger erschreckend: Die Staatsquote, also die Steuern und die gesamten Sozialabgaben, die von den Arbeitnehmern und von den Unternehmen zu entrichten sind, kletterte von 46 Prozent im Jahre 1990 auf über 50 Prozent 1996.

Vor den Bundestagswahlen 1994 erklärten die Regierungsparteien, der Umbau des Sozialstaats könne nicht länger aufgeschoben werden. Die Oppositionsparteien freilich waren immer noch geneigt, aus der Zuspitzung der Lage parteipolitisches Kapital zu schlagen und den Regierungsparteien Versagen, ja "Sozialabbau" vorzuwerfen. Im ersten Halbjahr 1995, als sich das wirtschaftliche Wachstum fortsetzte, sprach man zwar noch vom Umbau des Sozialstaats, aber man hatte keine Eile mehr. Wertvolle Zeit für die Reform des Sozialstaats ging verloren.

Der Streit zwischen den politischen Parteien darüber, ab welchem Jahr der Solidaritätszuschlag abgebaut werden soll, die Diskussionen über die Entsenderichtlinie, um den Arbeitsmarkt auf dem Bausektor zu stabilisieren, die Auseinandersetzungen um die Absenkung der Sozialhilfesätze, die in Zeiten des Wohlstandes stärker angehoben wurden als die unteren Nettoeinkommen der arbeitenden Bevölkerung gewachsen sind, auch die Bemühungen, die steigenden Krankheitskosten über eine "Deckelung" einzufangen und die in jüngster Zeit regelrecht explodierten Ausgaben für Kuren durch eine größere Eigenbeteiligung zu begrenzen: Dies sind sicher wichtige Maßnahmen. Aber sie werden den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht gerecht und erwecken bei der Bevölkerung eher den Eindruck der Flickschusterei.

Jetzt, wo auch die Gewerkschaften den Ernst der Lage mehr und mehr erkennen und bereit sind, ohne Vorbehalte über Maßnahmen und Wege, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen können, zu sprechen, liegt es an der politischen Führung, die notwendigen und unaufschiebbaren Entscheidungen zu treffen. Sie muß sich der Widerstände bewußt sein, die von einer in Interessengruppen organisierten Gesellschaft ausgehen.

Alle Einschnitte, die ihre Interessen und Besitzstände bedrohen, werden sofort als "asozial", als Angriff gegen den Sozialstaat angeprangert, wobei viele Medien als Großverstärker der Klagen mit entsprechenden Schlagzeilen und Kommentaren fungieren. Auch eine notwendige Maßnahme kann rasch als Sozialabbau deklariert und verworfen werden. Unter diesen Umständen wird es darauf ankommen, ob es der politischen Führung gelingt, der breiten Bevölkerung klarzumachen, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit oberste Priorität hat, daß auch der Sozialstaat in seinem Kern nur gesichert werden kann, wenn mehr Beschäftigung entsteht, daß auch die legitimen Interessen der Bürger und der Gruppen nur gewahrt werden können, wenn alle den unerläßlichen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten bereit sind. Gott sei Dank besteht die Bevölkerung nicht nur aus Funktionären und Interessenvertretern. Die politisch Verantwortlichen können davon ausgehen, daß die Bevölkerung auch einschneidende Maßnahmen, wenn sie notwendig sind, auf sich nimmt. Darauf sollten sie mehr setzen als auf die Sorge, niemandem weh zu tun.

Sicherlich müssen die zu treffenden Maßnahmen insgesamt gerecht sein und dürfen keinen neuen "Schutzzonen" Vorschub leisten. Auf der anderen Seite sollte man sich durch Behauptungen, die Maßnahmen seien nicht ausgewogen, auch nicht davon abhalten lassen, mit dem Umbau des Sozialstaates zu beginnen. Dabei kommt es darauf an, den Bürgern die Einsicht überzeugend zu vermitteln: Nur wer Arbeitsplätze schafft, wird auch den Sozialstaat bewahren. Insofern kann es nicht darum gehen, der Forderung "Bündnis für Arbeit" eine zweite Forderung "Bündnis für den Sozialstaat" an die Seite zu stellen.

### **Die Arbeit muß wieder wettbewerbsfähig werden**

Soll der Abwärtstrend der Beschäftigung in Deutschland gebrochen werden, müssen die Weichen auf vielen Gebieten neu gestellt werden.

1. Wir brauchen ein *freundliches Klima für Investitionen und Innovationen*. Auch wenn seit geraumer Zeit die früher weit verbreitete Industrieindlichkeit, die Skepsis und Ablehnung neuer Technologien und Forschungen zurückgegangen sind, so wirken diese Vorstellungen und Haltungen bei vielen Bürgern noch nach und sind auch in vielen politischen Gremien auf Landes- und Kommunalebene nach wie vor wirksam. Gefahren und Risiken gibt es in allen Bereichen des Lebens. Sicherlich müssen die Risiken ernst genommen und die Gefahren so gut es nur geht verhindert werden, aber dies darf nicht zu einer Festungsmentalität füh-

ren, die jeder Neuerung z. B. im Bereich der Gentechnik oder bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie kategorisch ein Nein entgegengesetzt. Das Nichtstun und das Beharren auf traditionellen Lösungen werden die Aufgaben und Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland, in Europa und weltweit stehen, nicht meistern. Gott hat uns den Verstand und das Gewissen gegeben, damit wir beide einsetzen. Forschung, Innovationen und Investitionen müssen bei uns wieder den Stellenwert erlangen, der das Ansehen Deutschlands, auch und gerade bei den ärmeren Völkern, begründet hat. Wir sollten auch bereit sein, unnötige bürokratische Hemmnisse und parteipolitische Blockaden für Investitionen abzubauen.

2. Wenn mehr Arbeitsplätze entstehen sollen, dann müssen auch die *Rahmenbedingungen für die Arbeit und die Produktion* so gestaltet werden, daß sie in einem angemessenen Verhältnis zu den Arbeits- und Produktionsbedingungen stehen, wie sie in anderen industrialisierten und sozial vergleichbaren Ländern gegeben sind. Dies gilt sowohl für die Arbeitszeit (Wochenarbeitszeit, Jahresarbeitszeit, Urlaub) als auch für die Lohnkostenstruktur. Die Versuche, in Deutschland die Spitzenlöhne und die erreichten Sozialleistungen zu halten, indem man neue Lohn- und Sozialbarrieren hochzieht, sind zum Scheitern verurteilt.

Vor allem müssen die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Eine gewaltige Belastung der sozialen Sicherungssysteme sind die politisch bedingten, also sozialversicherungsfremden Lasten, die den Arbeitnehmern und den Unternehmen z. B. im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung aufgebürdet wurden. Man hat ausgerechnet, daß sich diese auf etwa 112 Milliarden DM (!) belaufen. Die Sozialabgaben der Arbeitnehmer und der Unternehmen könnten um nahezu 8 Prozentpunkte, also von 40 auf 32 Prozent gesenkt werden, wenn diese Lasten vom Staat getragen würden. Dies wird sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen lassen; aber der Staat sollte den Vorschlag des Sachverständigenrates, die Sozialabgaben zu entlasten und die Mehrwertsteuer zu erhöhen, aufgreifen. Dadurch würden die Arbeitskosten erheblich gesenkt und Voraussetzungen für mehr Beschäftigung geschaffen.

Demgegenüber ist die Frage der Gestaltung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle eher eine Frage der Solidarität der Arbeitnehmer und auch der Beamten. Ein Verhalten, wo jemand schon bei leichtem Unwohlsein von der Arbeit zu Hause bleibt und sich krank schreiben läßt, muß ehrliche und fleißige Arbeitskollegen ebenso verärgern wie der unerklärliche Anstieg des Krankenstandes an Montagen und Freitagen. Ei-

ne Zurücknahme der Lohnfortzahlung auf 90 oder 80 Prozent würde auch der Solidarität der Arbeitnehmer entgegenkommen.

3. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Sozialstaats muß auch die Problematik gesehen werden, ob das *Verhältnis zwischen den Erwerbstätigen und den aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen* sozial ausgewogen ist. Wenn heute die arbeitenden Menschen im Durchschnitt 46 Prozent ihres Bruttolohnes für Steuern und Sozialabgaben bezahlen müssen und ihnen deshalb vom Bruttolohn oft nur gut die Hälfte als Nettolohn verbleibt, dann stellt sich die Frage, ob die über Jahrzehnte eingetretene Entwicklung nicht ein soziales Ungleichgewicht zwischen den Erwerbstätigen und den Rentnern bzw. Pensionären hat entstehen lassen, zumal bei der Mehrzahl der Erwerbstätigen die Sorge und der Aufwand für die Familie sehr viel stärker zu Buche schlägt als bei den älteren Mitbürgern. Erst recht wird diese Frage akut im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Beiträge zu den Alterssicherungssystemen. Es kann nicht um die Kürzung von erworbenen Renten- und Pensionsansprüchen gehen, die den aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Menschen zustehen. Sehr wohl aber sollten die Arbeitnehmer über die jetzt erreichte soziale Absicherung hinaus Vorsorge üben für das Alter und für die Gesundheit. Nicht wenige Arbeitnehmer tun dies bereits und bilden zusätzliche Rücklagen. Diesen Trend gilt es zu verstärken, so daß der Anteil der Eigenvorsorge an den Gesamtaufwendungen steigt.

4. Der Bundeskanzler hat sich dafür eingesetzt, daß möglichst viele Menschen, die sich das zutrauen, die *wirtschaftliche Selbständigkeit erstreben*. Handwerksbetriebe und kleinere Geschäfte sind nicht nur für die Versorgung der Bürger wichtig; sie sind meist bodenständig und beschäftigen in der Regel drei bis vier Mitarbeiter. Hier liegt eine Chance, gegen die Arbeitslosigkeit Boden gut zu machen. Allerdings wirken nicht selten die bürokratischen Hemmnisse abschreckend. Der Zugang zur Selbständigkeit sollte erleichtert und gefördert werden.

5. Die Arbeitslosen sollten gleichfalls ermutigt werden, *Arbeit zu suchen und anzunehmen*, auch wenn sie nicht den beruflich erworbenen Standards entspricht und der Verdienst geringer ist. Sicherlich muß derjenige, der arbeitet, vom Ertrag seiner Arbeit leben und seine sozialen Pflichten erfüllen können. Aber es ist in jedem Fall besser, sein eigenes Brot zu verdienen, auch wenn der Lohn nicht die gewohnte oder erwartete Höhe erreicht, als auf Arbeitslosengeld angewiesen zu sein. Die Vorstellungen über das, was "zumutbar" ist, bedürfen dringend der Überprüfung. Wir machen es uns zu leicht, wenn wir die geringer be-

zahlten Arbeiten, die aber durchaus eine Lebensgrundlage bieten, vornehmlich ausländischen Arbeitnehmern überlassen.

6. Ein verhältnismäßig großes *Arbeitspotential gibt es in Haushalt und Familie*. Zwar sind schon heute die grauen und schwarzen Arbeitsmärkte verbreitet; dennoch könnten hier neue Arbeitsplätze entstehen. Schon im letzten Herbst schätzte die Bundesanstalt für Arbeit den Bedarf auf 1,5 Millionen. Er wäre sinnvoll und angebracht, die Arbeitsplätze in Haushalt und Familie dadurch zu fördern, daß die Kosten von der Steuer abgesetzt werden könnten. Im übrigen könnten in Haushalt und Familie auch Frauen und Männer beschäftigt werden, die sich mit der Technik und Computern schwer tun.

7. Leider sind die guten Vorsätze, die vor der Bundestagswahl *mehr Teilzeitarbeit in Wirtschaft und Verwaltung* erreichen wollten, nicht spürbar umgesetzt worden. Dabei wissen wir seit langem, daß nicht wenige Frauen und Männer bereit wären, eine Teilzeitarbeit aufzunehmen, vor allem dann, wenn sie über den Ehepartner sozial abgesichert sind und die hohen Belastungen, die bei der Gründung einer Familie entstehen, nicht mehr anfallen. Warum sind wir so wenig flexibel? Die Teilzeitarbeit wäre auch für viele ältere Arbeitnehmer eine gute Sache und würde den Übergang in die Rente erleichtern.

8. Manche plädieren dafür, für mehr Beschäftigung eine weichere Geldpolitik in Kauf zu nehmen. Aber dies wäre ebenso problematisch wie es die Maxime gewesen ist: Fünf Prozent Inflation seien besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Dies war eine falsche Alternative, und zu Beginn der achtziger Jahre hatten wir beides: eine hohe Inflationsrate und eine hohe Arbeitslosigkeit. Heute wären die Folgen noch schlimmer, weil die meisten Staaten der Europäischen Union inzwischen begriffen haben, wie wichtig für die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung *Währungsstabilität* ist. Auch die USA sind jetzt bemüht, die gewaltigen Haushaltsdefizite abzubauen und einen stabilen Dollar zu haben.

Die Arbeitsplätze sind in der Tat der Schlüssel für Wohlstand und soziale Sicherheit. Darum geht es.

### **Zur Person des Verfassers**

Dr. theol., lic. phil. Anton Rauscher, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.